



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVI/183 - 16. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Ein gutes Wort</u> Gegen die Selbsterfleischung der deutschen Demokraten	52
2	<u>Aufrüstung und Abrüstung</u> Zwei Seiten einer Medaille	23
3 - 4	<u>Bald neuer Außenminister in Schweden?</u> Auch in Norwegen und Dänemark bereiten sich Ministerwechsel vor Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	62
5	<u>Schwächen des Bundeskartellgesetzes</u> Wirtschaftliche Machtkonzentration Gefahr für eine freie Gesellschaft	47
6 - 7	<u>Der Staat für alle Bürger</u> Von Johannes Rau, MfL, Nordrhein-Westfalen	63

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer Donnerstag-Ausgabe
einen instruktiven Artikel von Dr. Alex M ö l l e r,
Mitglied der Regierungsmannschaft der SPD:

Grosse Hand in kleinen Taschen
Fragwürdige Steuern auf den Verbrauch

* * *

Ein gutes Wort

Gegen die Selbstzerfleischung der deutschen Demokratie

sp - Die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten und die seinerzeitige Mahnung der evangelischen Bischöfe an die deutschen demokratischen Parteien, den Wahlkampf fair zu führen, die Verketzerung des politischen Gegners zu unterlassen und auch in der schärfsten Auseinandersetzung ein Minimum von Gemeinsamkeit zu bewahren, erhalten vor dem furchtbaren Ernst der Entwicklung in und um Berlin eine erhöhte Aktualität.

Die Kommunisten deutscher und russischer Prägung erhoffen sich viel von einer möglichen Selbstzerfleischung der Deutschen in der Bundesrepublik. Ihre Erwartungen zunichte zu machen, sollten sich alle deutschen Demokraten angelegen sein lassen. Unser Überleben als freie Gesellschaft hängt von dem Höchstmaß an innerer Abwehrkraft der deutschen Demokratie ab.

Solche Gedanken scheinen dem noch amtierenden Bundeskanzler freilich fern zu sein, anders ist sein übler Ausfall gegen Willy Brandt, den Regierenden von Berlin und sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, nicht zu erklären. Sieht Adenauer nur den Wahlkampf und nicht das, was sich ausserhalb der Bundesrepublik abspielt? Wie können wir Solidarität von unseren Freunden und Verbündeten erwarten, wenn wir, die wir am stärksten bedroht sind, nicht bei uns selbst Solidarität zu wahren wissen? Die Not der Stunde und mehr noch die kommenden Stürme gebieten die Bewahrung des inneren Zusammenhalts der Nation; wer diesen stört, hilft den Feinden des deutschen Volkes.

Zum Glück ist Adenauers Tiefschlag in der Öffentlichkeit auf Unverständnis, ja Unwillen und sogar Empörung gestossen. Auch in den eigenen Reihen der CDU. Wer heute, wie es der Bundeskanzler tat, den von aller Welt bewunderten Schildträger des freien Berlin persönlich herabsetzt, füllt mit die kommunistischen Blätter von Pankow bis nach Wladiwostock, die solches mit Behagen zitieren. Auch das scheint den CDU-Vorsitzenden Adenauer nicht zu genieren.

Umso auffallender hebt sich eine Äusserung des Vizekanzlers Professor Erhard ab, der in Karlsruhe - einen Tag nach Regensburg -

eingestand, er würde es

- * "begrüssen, wenn Regierung und Opposition nicht in feind-
- * lich getrennten Lagern stünden, sondern das deutsche
- * Schicksal gemeinsam gestalten wie in den angelsächsischen
- * Ländern".

Und auf den Wahlkampf bezugnehmend meinte der Stellvertreter des Regierungschefs

- * "wir wollen uns dabei nicht in Feindseligkeit ergehen und
- * den Gegner herabwürdigen".

Das ist ein gutes Wort, es entspricht dem Geist der Neujahrs-Ansprache des Bundespräsidenten. Wird es von allen eingehalten, kann damit vor aller Welt bewiesen werden, dass Demokratie auch auf deutschem Boden eine nationale Lebenskraft ist. Wir brauchen vor uns selbst und vor allen Gutgesinnten in der Welt dringend eines solchen Beweises.

Wir wollen hoffen, dass es dem Bundestag in seiner ausserordentlichen Sitzung am kommenden Freitag gelingt, jene Atmosphäre zu schaffen, die allein Voraussetzung für die Abwehr einer dem ganzen deutschen Volk schädlichen Politik ist. In dieser Hoffnung wissen wir uns eins mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze.

+ + +

Aufrüstung und Abrüstung

sp - Scheinbar ist das Bild verwirrend: die Regierung Kennedy vernachlässigt keinen Aspekt militärischer Bereitschaft und Wachsamkeit, sie erhöhte ihren Armeebestand, lässt vermottete Schiffe wieder in Dienst stellen, beschleunigt ihr Raketenprogramm und verlangt auch sonst von ihren Bürgern grosse Opfer. Gleichzeitig legte sie der Aussenpolitischen Kommission des Senats den Plan zur Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsbehörde, eines Abrüstungsamtes vor, dem grösste Bedeutung zugemessen wird. Beide Parteien, die in der Regierung befindlichen Demokraten und die in Opposition stehenden Republikaner, stimmen diesem Plan zu, der nach aussen hin den ernstlichen Willen der Vereinigten Staaten bekundet, eine realistische Abrüstung anzustreben. Die USA rüsten sich für alle möglichen militärischen Eventualitäten, verlieren dabei jedoch nicht den überragenden Gesichtspunkt aus dem Auge, vorbereitet für die Stunde zu sein, in der wirkliche Verhandlungen über eine kontrollierte Abrüstung wieder möglich sind. Diese Stunde mag angesichts einer sich verschärfenden Weltspannung fern sein, aber sie wird, sofern die mächtigsten Staaten unserer Erde nicht Selbstmord begehen wollen, doch eines Tages kommen. Die USA wollen dann nicht überrascht sein und sich dem Odium aussetzen, nichts für das Funktionieren eines wirksamen Kontrollsystems getan zu haben. In der militärisch nicht gebundenen Welt dürfte diese Seite der amerikanischen Aktivität auf Wohlwollen und Sympathie stossen.

+ + +

Bald neuer Aussenminister in Schweden?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Eine Umbesetzung im schwedischen Aussenministerium gilt nunmehr als ziemlich wahrscheinlich und wird in Zusammenhang mit der Herbstsession des schwedischen Riksdags erwartet. Am 25. August vollendet Aussenminister Östen Undén sein 75. Lebensjahr, und die Gerüchte, wonach er diese Gelegenheit benutzen wird, um seinen Rücktritt einzureichen, haben sich in der letzten Zeit verdichtet. Wenn nicht alles trügt, wird Schweden möglicherweise schon beim Beginn der ordentlichen Generalversammlung der UNO durch einen jüngeren Aussenminister, dem jetzigen Sozialminister Torsten Nilsson vertreten sein.

Die von Östen Undén begründete bündnisfreie schwedische Aussenpolitik hat überall in der Welt grösste Beachtung und Achtung gefunden. Gab es in den vergangenen 16 Jahren - vor allem beim Prager Putsch im Jahre 1948 und bei der Gründung des westlichen Verteidigungsbündnisses NATO - in Schweden einige Stimmen, die für eine "aktivere westliche Bündnispolitik" plädierten, darn steht es heute unzweifelhaft fest, dass die "Undén-Linie" sich bei der überwältigenden Mehrheit des schwedischen Volkes als einzige brauchbare und vertretbare Politik durchgesetzt hat. Durch eine feste Politik der bewaffneten Neutralität - und gewiss durch glückliche weltpolitische Umstände - ist es Schweden gelungen, seit 1809 kriegerische Auseinandersetzungen von seinem Gebiet fernzuhalten. Die Rücksichtnahme auf den Nachbarn Finnland und dessen Verhältnis zur Sowjetunion ist dabei einer der wichtigsten Eckpfeiler der schwedischen Aussenpolitik gewesen. Schweden glaubte auch seinen Interessen und dem Frieden besser zu dienen, als Stockholm im Jahre 1949 sich entschied, der militärpolitischen Neutralität treu zu bleiben, obwohl die beiden anderen Nachbarländer, Dänemark und Norwegen, der NATO beitraten. Bei dem Versuch, die drei skandinavischen Staaten in einem bewaffneten, neutralen Block zusammenzuschliessen, spielte Östen Undén eine grosse Rolle, und niemand wird heute behaupten, dass dieser Gedanke, der zum Besten ganz Westeuropas hätte sein können, an Undén scheiterte.

Östen Undén geniesst als Völkerrechtler hohes Ansehen. Während der letzten 36 Jahre wechselte er zwischen Lehrstühlen der schwedischen Universitäten und dem Amt als Aussenminister. Seine kühle und distinguierte Art ist fast zur Legende geworden. Weniger bekannt ist seine

herzliche und warme Menschlichkeit. Seinen sozialistischen Grundsätzen blieb er immer treu, obwohl er sich in den internationalen Auseinandersetzungen auch hier Kühle und diplomatische Objektivität auferlegen musste. Seine Überzeugung, dass die schwedische Neutralitätspolitik einen Beitritt Schwedens zur EWG bei der jetzigen Form des Romvertrages kaum oder nicht zulässt, wurde von innenpolitischen Gegnern heftig kritisiert, aber entspricht der einfachen Logik. Dagegen erhielt er vielfach Zustimmung, als die schwedische Regierung vor wenigen Tagen sich dem Verlangen des afro-asiatischen Blocks, die Bizerta-Frage auf die Tagesordnung einer ausserordentlichen UNO-Sitzung zu setzen, anschloss. Fest steht, dass Östen Undén seinem Land und Volk hervorragende Dienste geleistet hat und dass auch die politischen Gegner, wenn auch nachträglich, ihm dies bezeugen werden.

Schon seit einiger Zeit wissen die Eingeweihten, dass noch ein prominenter norðischer Politiker, der norwegische Ministerpräsident Einar Gerhardsen, geneigt ist, von seinem Posten zurückzutreten, wenn die Parlamentswahlen im September überstanden sind. Sein Gesundheitszustand hat ihn zu dieser Überlegung bewogen. Als Nachfolger wird der Präsident des Stortings, Niels Langhelle genannt, aber wahrscheinlich wird diese Umbesetzung erst nach der Lösung der Frage über Norwegens Eintritt in die EWG aktuell.

Auch in Dänemark stehen wichtige politische Neubesetzungen in der Regierung bevor. Zwei der fünf Minister der liberalen Partei, der Minister für Unterrichtswesen Jørgen Jørgensen und der Minister für wirtschaftliche Koordinierung Bertel Dahlgaard scheidern demnächst aus Altersgründen aus. In diesem Zusammenhang erörtert die Partei die Frage des weiteren Verbleibs in der Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten. Die Frage hat bei den Liberalen eine grosse Auseinandersetzung veranlasst und wird in der Öffentlichkeit mit lebhafter Anteilnahme debattiert. Schon behaupten einige Oppositionszeitungen, dass Ministerpräsident Viggo Kampmann geneigt sein soll, neue Parlamentswahlen im Herbst auszuschreiben, falls die Liberalen sich weigern, mit ihm weiterzumachen. Ein Entschluss muss von der liberalen Parteiführung getroffen sein, wenn das Folketing in wenigen Wochen seine Arbeit wieder aufnimmt.

Schwächen des Bundeskartellamtes

sp - In seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 sagte der Bundeskanzler: "Wir wollen nicht, dass schliesslich bei immer grösserer Konzentration der Wirtschaft zu Grossbetrieben, das Volk aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer grossen Zahl von Abhängigen besteht." Dabei wusste Dr. h. c. Adenauer, dass seine Regierungen und ihre Parlamentsmehrheit das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) durch mehrere Legislaturperioden des Bundestages verschleppt und schliesslich die paar scharfen Zähne des Gesetzes unter dem Druck des Bundesverbandes der Deutschen Industrie herausgebrochen hatten. Der Bericht des Bundeskartellamtes für das Jahr 1960 stellte in harter Kritik fest:

- Das Bundeskartellamt hat keine ausreichende Kenntnis über die Marktstruktur wichtiger Bereiche der Wirtschaft -
- das Kartellgesetz gibt keine Handhabe, um diese Kenntnisse zu beschaffen -
- die vorhandene Anzeigepflicht für Zusammenschlüsse genügt nicht -
- viele Konzentrationsvorgänge werden dem Bundeskartellamt nicht bekannt -
- das Umwandlungsgesetz hat die Konzentrationsbewegung stark gefördert.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt in ihrem Regierungsprogramm eine straffe Monopolkontrolle. Sie meint: wer die Macht hat, Preise für Weiterverarbeiter und Verbraucher festzusetzen, der muss öffentlicher Kontrolle unterstehen. Marktbeherrschung und sonstige Wirtschaftsmacht darf nicht zu Machtmissbräuchen gegenüber der Allgemeinheit oder gegenüber Gruppen oder gegenüber Einzelnen führen dürfen. Die grossen Unternehmen sollen ihre Verhältnisse und ihre Wirtschaftsführung der Allgemeinheit gegenüber offenlegen. Das Bundeskartellamt soll im öffentlichen Verfahren untersuchen können, ob und wo Missbrauch wirtschaftlicher Macht vorliegt. Eine unabhängige Monopolkommission soll die Monopole überwachen und ein Preisrat soll die Belange der Verbraucher wahrnehmen. Die öffentliche Meinung, die vornehmste Waffe der Demokratie, muss aufgerufen werden.

Abwehrmassnahmen gegen den Machtmissbrauch durch die Grossen der Wirtschaft genügen allein nicht. Man muss die Gegenkräfte in den kleinen und mittleren Unternehmen wecken und fördern. Wer auf die Finanzierung durch die Grossen und Mächtigen angewiesen ist, ist in "goldenen Ketten" und kann die notwendige Schicht kleiner und mittlerer Unternehmer weder schützen noch fördern. So wird jedoch der Staat zur Beute von Interessengruppen der Wirtschaftsmächtigen, die Demokratie wird ausgehöhlt und die freie Gesellschaft geht verloren.

Ausser grossen Worten und leeren Versprechungen haben die bisherigen Mehrheiten im Bundestag und die Regierungen Adenauer nichts gegen die übermässige Anhäufung wirtschaftlicher Macht und nichts dafür getan, die konzentrierte Macht zu kontrollieren.

Der Staat für alle Bürger

Von Johannes Rau, MdL, Nordrhein-Westfalen

Die Lektüre eines Bundestagsprotokolls kann aufregend und spannend sein. Aufregender und spannender jedenfalls als Kombinationen und "Wetter"(mit und ohne Zweckoptimismus) über den vermeintlichen Ausgang jener Entscheidung, die am 17. September zu fällen ist und bei der jeder von uns ein gerüttelt Mass an Verantwortung hat, ob er das sehen mag oder nicht. Die Ära Adenauer begann 1949 damit, dass der Fünfundsechzigjährige mit einer Stimme Mehrheit Bundeskanzler wurde.

Diese Ära Adenauer ist vorbei. Sie endete spätestens, als mit dem Amt des Bundespräsidenten 1959 Schindluder getrieben wurde in einer Demokratie, die wahrlich der Behutsamkeit bedurfte und bedarf. Das Urteil des höchsten deutschen Gerichtes über die verfassungswidrigen Praktiken der Regierung Adenauer warf auf das Ende dieser Ära noch einmal grelles Licht.

Welche Ära folgt? Kommt nach eine Zwischenspiel mit Professor Erhard der Bundesverteidigungsminister an die Schaltstellen bundesdeutscher Politik? Jener Mann, dessen Diktion so oft die Meinung Lügen straft, Demokratie sei die Staatsform des Dialogs?

So sehr Personen, Männer, Köpfe stellvertretend gesehen werden und gesehen werden müssen für politische Gesamtvorstellungen - wir werden hinter den Personen die Sache sehen müssen. Es geht - zum Beispiel - am 17. September nicht nur um unser Verhältnis zur westlichen Welt, nicht nur um die Erhaltung, Verbesserung oder Gefährdung des Wohlstandes, sondern um das Gesamtgefüge unseres Staates. Dieser Staat hat seine Würde unter anderem darin, dass er sich nicht für endgültig hält, dass er sich als Übungsgelände der Demokratie versteht in einer Zeit, in der demokratisches Denken und Verhalten von aussen und von innen gefährdet wird.

Wer die Diskussion um das Bundessozialhilfegesetz, um die Ehescheidung und um das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und seine Novellierung nachliest und bedenkt, dass diese Diskussionen der Abschluss der Tätigkeit dies Bundestages und nicht eine Arabeske sind, der sollte hellhörig sein. Wer feststellt, dass Tendenzen zur Konfessionalisierung nicht nur im Bunde, sondern in Ländern und Gemeinden zunehmen, der sollte nicht mit den Schultern zucken. Nichts wäre falscher, als wenn man solche Tendenzen gering achtete. Nichts wäre verderblicher, als für das Linsengericht des "Beisitzensystems" ("ein möglichst grosses Stück aus dem Kuchen mitbekommen") daran mitzuarbeiten, dass der Teilungsprozess innerhalb Deutschlands

weitergeht und politisch wie menschlich verhängnisvoll wird.

Tendenzen werden zu Strukturen, wo Demokratie nicht mehr "Herrschaft auf Zeit" ist. Die CDU hat die Anfechtung, sich als Staatspartei zu fühlen, nicht durchgestanden. Sie okkupiert den Staat, wo sie seiner bedarf, sie demontiert seine Möglichkeiten und Aufträge, wo sich ihr Gesinnungsfreunde anbieten; sie verketzert jene, die andere gleichwohl demokratische Vorstellungen zu verwirklichen suchen.

Duldung statt Mitarbeit, Diffamierung statt Partnerschaft; weltanschauliche Fixierung durch eine Gruppe statt Gestaltung des Staates durch die Vielen für alle - das sind Gefahren, die aufzuzeigen leider kein falscher Pessimismus ist.

Toleranz - etwas ganz anderes als der so oft mit ihr verwechselte Indifferentismus - sollte eingeübt werden. Der Blick auf den anderen sollte dazu freimachen, den Staat im Vorletzten anzusiedeln und ihn zu Heimat für alle seine Bürger zu machen. In der recht verstandenen Demokratie gibt es keine Menschen erster und zweiter Klasse.

Politisches Sektierertum und Verkirchlichung des Staates sind keine Hilfen. Teumel und Rausch sind dem Wohlstand nicht angemessen, der darauf wartet, das wir uns seiner bedienen (zugunsten des Ganzen) und der doch immer wieder Mittel zur Verwirrung wird.

Das alles mögen keine Worte im Wahlkampf-Jargon sein. Wer so zu reden wagt, wird auch nach innen nicht schweigen dürfen. Aber er wird die Chancen der Besinnung genau und gerecht einschätzen müssen.

Mut zur Besinnung wird am 17. September wichtiger sein als Deklamation statistisch "nachweisbarer" Gesinnung. Demokratie als bloße Spielregel kann uns hindern, die Staats- und Lebensform zu entdecken, als die Demokratie verstanden und - getan werden möchte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel